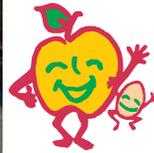


Das letzte FSK

Semesterblatt

WiSe 2013/14



Das FSK
Dschungelbuch



Endlich: Die FSK geht,
der **StuRa** kommt!



StudierendenRat
für die Uni Heidelberg

Liebe Studierende,

ich bin der StuRa-Phönix, kurz StuRix. Auf den folgenden Seiten möchte ich euch einige Einblicke in die Hochschulpolitik geben. Sich dort einzuarbeiten ist oftmals schwerer, als aus der Asche wieder aufzusteigen. Auch ich habe mich die letzten Jahre nur selten für die Hochschulpolitik entflammen können - bis ich erfahren habe, dass die Verfasste Studierendenschaft nach 36 Jahren zurück



in Baden-Württemberg ist! Das hat mich beflügelt! Die Studierenden durften selbst Modelle für ihre Studierendenvertretung entwickeln und in einer Urabstimmung im Mai darüber abstimmen. Hier hat der Studierendendenrat (StuRa) gewonnen. Vom 18. - 20. November werden nun die Vertreter des StuRa gewählt. Im Dezember wird er sich konstituieren.

Wie und wann genau wird gewählt und was der Stura ist, erfahrt ihr auf den Seiten 12 und 13.

Aber: Wahlen und Ämter sind das eine, worauf es ankommt, sind die Themen und die kontinuierliche Arbeit an ihnen. Manches Vorhaben gleicht eher einem Strohflecken und ist rasch vergessen und Flugblätter werden schnell wieder zu Asche. Zum Glück gibt es hier in Heidelberg viele Fachschaften, viele Hochschulgruppen, zahlreiche Arbeitskreise und Initiativen, damit der StuRa ein Erfolg werden kann. Zu tun gibt es vieles: zum Beispiel das Semesterticket: Schließlich könnt ihr im Gegensatz zu mir ja nicht fliegen! Einen Einblick in die Hochschulpolitik möchte euch die FSK mit diesem, ihrem letzten, Semesterblatt geben.

Wer schon jetzt mitarbeiten möchte, dem empfehle ich, zu den Sitzungen der Fachschaften oder Gruppen und Initiativen zu gehen - und natürlich zu den Sitzungen der FSK. Informiert euch, werdet aktiv und macht mit!

Euer StuRix

Inhalt

| | | | |
|--|----|--|----|
| Vorwort / Inhalt / Impressum | 2 | Unigremien: Professoren in der Mehrheit, das Rektorat am längsten Hebel | 14 |
| Was sind die Qualitätssicherungsmittel? | 3 | Auch die Fachräte werden gewählt | 17 |
| Die Landesregierung will sozial benachteiligte Studierende schröpfen | 4 | Bei Ökologie und Nachhaltigkeit ist die Universität Heidelberg kein Global Player! | 18 |
| Es bleibt noch viel zu tun bei der Lehramtsumstellung | 8 | Referate, Themenschwerpunkte, Arbeitskreise und Arbeitsgruppen der FSK | 22 |
| Wohnen und Verkehr sind in Heidelberg viel zu teuer! | 10 | Die Fachschaften | 24 |
| Was ist eigentlich der StuRa und wie wählen wir ihn? | 12 | | |

Impressum

Fachschaftskonferenz Heidelberg
 Albert-Ueberle-Str. 3-5, 69120 Heidelberg
 06221 / 54-2456
 www.fachschaftskonferenz.de
 E-Mail: fsk@fsk.uni-heidelberg.de
 Redaktion und Layout: Ziad-Emanuel Farag



**FACHSCHAFTS
 KONFERENZ**
 Eure Studierendenvertretung

Zum Sommersemester 2012 wurden die Studiengebühren in Baden-Württemberg wieder abgeschafft. Offiziell wurden sie 2005 nur eingeführt, um die Lehre als Zusatzmittel zu verbessern. Die Grundsicherung der Lehre hingegen sollte durch staatliche Mittel gewährleistet sein. In der Praxis allerdings dienten die Gebühren oft dazu, die teilweise desolate finanzielle Situation an den Hochschulen auf Kosten sozial benachteiligter Studierender abzufedern.

Sicherung als vermeintliche Verbesserung

Ohne diese Mittel wäre es daher in einigen Fächern wie der Romanistik oder sogar ganzen Hochschulen – z.B. der Pädagogischen Hochschule Heidelberg – kaum noch möglich gewesen, für ein ausreichendes Lehrangebot zu sorgen. Deswegen wurden mit der Abschaffung der Studiengebühren die sogenannten „Qualitätssicherungsmittel“ (QuaSiMi) eingerichtet. Sie betragen 280 Euro, die pro Studi vom Land an die Hochschule gezahlt werden.

Die Verteilung der QuaSiMi

Diese Mittel werden an der Uni Heidelberg auf einen zentralen und einen dezentralen Pool verteilt: 80% für die einzelnen Fächer, die übrigen 20% werden zentral vergeben. Die zentralen Mittel stehen allen Fächern offen. Das ermöglicht unter anderem auch kleineren Fächern, vor allem in den Geistes- und Kulturwissenschaften, die ohnehin wenige Mittel haben und durch eine geringe Studierendenzahl auch wenig QuaSiMi bekommen, QuaSiMi für ihre Lehre einzusetzen. Außerdem können auch transdisziplinäre Konzepte zentral unterstützt werden. Zusätzlich können die zentralen Qualitätssicherungsmittel auch von Einrichtungen, die keine eingeschriebenen Studierenden haben, beantragt werden, wie z.B. von der Universitätsbibliothek, – sofern diese Mittel in der Lehre eingesetzt werden und den Studierenden zugute kommen. Zum Beispiel wurde im letzten Semester auf zentraler Ebene die Digitalisierung einer Bildersammlung bezuschusst, auf die später alle Studierenden in Deutschland zurückgreifen können.



Begehrt wie Gold: Die Qualitätssicherungsmittel

Zentrale und dezentrale Qualitätssicherungsmittelkommissionen

Die Verteilung der Mittel erfolgt durch Qualitätssicherungsmittelkommissionen (QuaSiMiKo). Die Zusammensetzung der dezentralen Kommissionen variiert von Fach zu Fach. Es müssen aber immer studentische und professorale Mitglieder vertreten sein. Die zentrale QuaSiMiKo

setzt sich aus ein Rektoratsmitglied, zwei Beschäftigten aus der Verwaltung und zwei Studierenden zusammen. Sie tagt in der Regel einmal pro Semester. Dabei kann die Kommission ohne die Zustimmung der Studierenden keinen Antrag bewilligen. Sonst muss der Rektor eine Schlichtungskommission einberufen. Kommt dort kein Einvernehmen zustande, entscheidet der Schlichter.

Wandelt das Rektorat auf recht dünnem Eis?

Allerdings ist man sich hier momentan bei der Rechtslage nicht einig. So wurde vom Rektorat ein Vorschlag für zwei Schlichter an das Ministerium geschickt, ohne die Studierenden überhaupt zu informieren – dies hätte aber rechtlich gesehen stattfinden müssen. Auch welche

Anträge geschlichtet werden müssen und was „Einvernehmen mit den Studierenden“ tatsächlich heißt, bleibt umstritten. So ist das Rektorat offenbar der Ansicht, wenn die Studierenden für einen Antrag sind, kann der Rektor den Antrag ver-

ändern, z.B. die Bewilligungssumme reduzieren und dann in der veränderten Form ohne Rücksprache genehmigen. Die Angelegenheit ist juristisch extrem kompliziert – Ministerium und Rechtsabteilung erörtern diese Fragen seit drei Monaten.

Mitarbeit ist herzlich willkommen

Wenn ihr darüber mitbestimmen wollt, wie die QuaSiMi in eurem Fach verwendet werden, wendet ihr euch am besten an eure Fachschaft. Für die zentrale QuaSiMiKo ist die Fachschaftskonferenz eure erste Anlaufstelle. Diese legt die Position der studentischen Vertreter*innen in der Kommission fest. In ihrem Arbeitskreis „QuaSiMi“ werden die Sitzungen der QuaSiMiKo vor- und nachbereitet. Spannend ist auch die Klärung der juristischen Fragen. Interessierte können sich gerne melden unter:

quasimiko@fsk.uni-heidelberg.de

fsk.uni-heidelberg.de/gremienarbeit/quasimi

Ein großes Projekt der grün-roten Landesregierung war die soziale Öffnung der Hochschulen, wie auch im Koalitionsvertrag festgehalten wurde: „Wir wollen ... mehr Kinder aus einkommensschwächeren Familien ... an die Hochschulen bringen.“ (Koalitionsvertrag Grün-Rot, S.12). Mit der Abschaffung der Studiengebühren begann die Umsetzung dieses Projekts auch recht hoffnungsvoll. Mit einem „Entwurf zur Änderung hochschulrechtlicher Bestimmungen“ hat die Landesregierung jedoch die Maske fallen gelassen: statt Öffnung ist mehr soziale Auslese angesagt. Und nicht nur hier droht die Landesregierung zu versagen, auch die Demokratisierung bleibt aus.

Geld ist wichtiger als Bildungsgerechtigkeit

Ende 2012 hob die Landesregierung den Verwaltungskostenbeitrag, der bei der Immatrikulation bzw. Rückmeldung fällig wird, von 40 Euro auf 60 Euro an. Der Verwaltungsaufwand war aber nicht gestiegen, vielmehr ging es darum, den Landeshaushalt um 12 Millionen Euro pro Jahr zu entlasten.

Nun sollen weitere Gebühren erhöht oder verbindlich festgeschrieben werden. So konnten Hochschulen nach §16 des Landeshochschulgebührengesetzes (LHGebG) bisher für Sprachengangs-, Externen- und Eignungsprüfungen sowie Auswahlgespräche und Studierfähigkeitstests Gebühren erheben. Künftig **müssen** sie diese erheben. Eignungsprüfungen dienen zum Beispiel dazu, Personen mit umfassender beruflicher Erfahrung einen Hochschulzugang ohne Abitur zu ermöglichen oder Menschen mit Fachabitur auch in anderen Fächern zuzulassen. Die Kosten für die Auswahlverfahren sollen von bisher möglichen 50 Euro auf vorgeschriebene 100 Euro erhöht werden. Für Sprachengangs- und Externenprüfungen ist kein Kostensatz vorgeschrieben. Bei Eignungs- und Begabtenprüfungen, zu denen die Delta-Prüfungen hinzu kommen, werden die bisher möglichen 80 Euro verbindlich festgeschrieben.

Ein Grundrecht wird noch weiter verletzt

Studierfähigkeitstests und Auswahlgespräche gibt es in zulassungsbeschränkten Studiengängen für alle Studieninteressierten. Sie sollen sicherstellen, dass nur Studierende zugelassen werden, die für den entsprechenden Studiengang „geeignet“ sind. Dies ist schon fragwürdig, insofern man mit dem regulären Abitur den Nachweis der allgemeinen Hochschulreife erbracht hat und damit zum Hochschulstudium berechtigt ist. Jede Einschränkung stellt einen Eingriff in das Recht auf freie Berufswahl dar. Zulassungsbeschränkungen sind nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts nur zulässig, wenn es in einem Fach nicht genug Studienplätze für alle Interessierten gibt. Beschränkungen dürfen jedoch nicht dauerhaft vom Studium abhalten.

Fernhaltegebühren statt Öffnung

Anstatt nun Beschränkungen abzubauen, werden mit der Novellierung bestehende Hürden ausgebaut. Bei Auswahlgesprächen fallen aber bereits jetzt oft Fahrt- und Übernachtungskosten an. Somit wird es für sozial schwächer gestellte Studieninteressierte noch schwieriger, sich an mehreren Hochschulen



Soziale Vielfalt an den Hochschulen war ein Ziel von Grün-Rot. Jetzt rückt sie dem Geld zuliebe in den Hintergrund. Soziale Auslese ist angesagt. Foto Halmakegel. © Michael Tieck - Fotolia.com, Foto Geld: © DeVlce - Fotolia.com. Kollage: Ziad-Emanuel Farag

zu bewerben. Dies wird finanziell schwächere Bewerber*innen bei der Auswahl einschränken. Psychologisch ist zudem fatal: hatte man bisher die Studiengebühren entrichtet, wusste man immerhin, dass man auch studieren konnte. Bei diesen Gebühren weiß man es hingegen nicht und muss sich genau überlegen, wieviel man zahlt - ohne eine Erfolgsgarantie. Finanziell

schwächere Personen werden auch deshalb Bewerbungen eher sein lassen. Ebenso Asylberechtigte ohne finanzielle Rücklagen - obwohl das neue Gesetz gerade ihnen den Hochschulzugang erstmals erlaubt.

Auch an anderer Stelle können sie und andere nochmals finanziell geschröpft werden: §15 LHGebG legt schon bisher fest, dass Hochschulen Gebühren für nicht curriculare Studienangebote wie z.B. Sprach- und EDV-Kurse, die nicht von der Prüfungsordnung vorgeschrieben sind, erheben können. Dies betrifft vor allem Sprachanforderungen, die formal Zulassungsvoraussetzungen darstellen, aber im Laufe des Studiums nachgeholt werden können, wie Latinum und Graecum oder weitere Fremdspra-

chen. Diese Regelung bleibt erhalten und belastet weiterhin vor allem Studierende, die gerade auf diese Kurse angewiesen sind: diejenigen, die dort nachholen, was sie nicht mitbringen, z.B. Studierende, die über den dritten Bildungsweg an die Hochschulen kommen oder Asylberechtigte ohne deutsche Schulvorbildung. Hier wäre eine klare Aussage gegen Gebühren und

für Bildungsgerechtigkeit angesagt gewesen. Doch der Trend geht in die andere Richtung: für alle sonstigen Angebote, zum Beispiel den Hochschulsport, schreibt der neue § 15 LHGebG künftig Entgelte vor. Die Regierung kann nun in einem nächsten Schritt die Mittel für die Hochschulen kürzen und darauf verweisen, dass sie den Hochschulen feste Einnahmequellen geschaffen hat und ihnen zudem im Rahmen ihrer Autonomie weitere geöffnet hat.

Gebühren sogar fürs Erststudium

Doch das ist noch nicht das Ende: Bereits heute werden Gebühren für sogenannte „weiterbildende Masterstudiengänge“ erhoben. Nun soll dies auch für sogenannte „weiterbildende Bachelor“ möglich sein. Diese Studiengänge sind eigentlich eine gute Idee: sie sollen laut Ministerin Bauer gerade für Menschen mit Berufserfahrungen angeboten werden. Indem jedoch zugleich Gebühren für sie erhoben werden, werden sie selektiver als andere BA-Studiengänge.

Rektor Eitel hat auf der diesjährigen Jahresfeier einmal mehr die Abschaffung von Studiengebühren bedauert und sie sich zurückgewünscht: sollten diese Änderungen beschlossen werden, böte sich ihm hier die Möglichkeit für Gebühren auf dem Silbertablett: er könnte weiterbildende BA-Studiengänge einführen - oder existierende umdeklarieren. Bei den bisher bestehenden weiterbildenden MA-Studiengängen belaufen sich die Gebühren teilweise auf über 10.000 Euro...

Soziale Auslese und Bildung als Ware

Das Konzept der weiterbildenden Bezahl-Studiengänge trägt nicht nur zur sozialen Ausgrenzung bei, es verstärkt die Vorstellung, dass Bildung eine käufliche Ware ist und macht damit allgemeine Studiengebühren hoffähig. Der kostenfreie Zugang zu Bildung ist jedoch gemäß dem UN-Sozialpakt, den auch die Bundesrepublik Deutschland ratifiziert hat, ein Menschenrecht. Bestehende Bildungsgebühren müssen nach diesem Pakt sukzessive abgeschafft werden, um allen den Zugang zu Bildung zu ermöglichen.

Das deutsche Bildungssystem ist schon in der Schule sozial selektiv, im Hochschulbereich setzt sich dies fort. Bisher besuchen nach der Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks 77% der Kinder mit akademischen Hintergrund eine Hochschule. Demgegenüber stehen 23%

der Kinder aus dem Arbeitermilieu. Dies würde durch die neuen Regelungen zementiert: Wer finanziell nicht abgesichert ist, wird sich bei der Abwägung zwischen Studium und Ausbildung alleine angesichts der Kosten für die Zulassungsverfahren und weitere Kursgebühren in zu vielen Fällen eher gegen ein Studium entscheiden. Eine Öffnung der Hochschule sieht anders aus.

Die Unternehmerische Hochschule bleibt

Im Koalitionsvertrag verspricht die neue Regierung konkret die Abschaffung der „Unternehmerischen Hochschule“. Dieses Modell der Vorgängerregierung sieht vor, dass Hochschulen hierarchisch wie Unternehmen von weitgehend autonomen Hochschulleitungen geführt werden und von ihren Studierenden, den „Kunden“, Gebühren erheben. Das Alternativmodell einer Hochschule in gesellschaftlicher Verantwortung sieht eine partizipativ organisierte Hochschule vor, die gesellschaftliche Teilhabe an Bildung und wissenschaftlichen Ergebnissen ermöglicht. Einen eigenen Beitrag zur Demokratisierung, wie er beispielsweise in NRW mit der paritätischen Besetzung von Gremien diskutiert wird, legt die Regierung aber für das neue Landeshochschulgesetz (LHG) nicht vor. Gewiss - im letzten Jahr wurde die Verfasste Studierendenschaft eingeführt. Doch das ist, wie Wissenschaftsministerin Bauer selbst betonte, nichts Besonderes, hier hält nur die Normalität anderer Bundesländer Einzug.

Das Vorschlagsrecht für die Dekan*innen soll auch weiterhin in den Rektorenaten liegen (§ 24 LHG). Immerhin soll ein Fakultätsrat nun Dekan*innen auch abwählen dürfen - wer aber stattdessen Dekan*in wird, schlägt auch dann weiterhin der Rektor oder die Rektorin vor und regiert damit weiterhin von oben in die Fakultäten rein.

Eine Anregung zur Demokratisierung wäre, den Aufsichtsrat (§ 20 LHG), in Heidelberg Unirat genannt, auf eine Beratungsfunktion zu beschränken und dafür mit externen Mitgliedern zu besetzen, die die gesellschaftliche Vielfalt repräsentieren. Eine externe Besetzung des Aufsichtsrats soll nun zwar zur Regel werden, die Hochschulen können aber auch eine Besetzung aus internen und externen Mitgliedern vorsehen, sofern die externen die Mehrheit haben. Bisher werden die Mitglieder vom Ministerpräsidenten auf Vorschlag einer Findungskommission berufen. Der Senat als höchstes Unigremium hat in dieser Kommission

soziale Stimmen wie der amtierende Aufsichtsrat und das Wissenschaftsministerium. Künftig soll der Aufsichtsrat hier immerhin nicht mehr mitwirken. Das LHG schließt schon heute eine Mitwirkung der Studierenden in der Findungskommission nicht aus, die Grundordnung der Uni Heidelberg jedoch sehr wohl. Dies soll auch künftig so sein: die Möglichkeit, einzelne Gruppen explizit auszuschließen, bleibt im Rahmen der Autonomie der Hochschule erhalten.

Viele halbherzige Schrittmchen – kleine Schritte bei der Chancengleichheit

Verbal gibt es eine klare Abkehr von der unternehmerischen Hochschule: Das Rektorat soll wieder Rektorat und nicht mehr Vorstand heißen und der Aufsichtsrat soll Hochschulrat heißen. Und es wird eine verpflichtende Frauenquote von 40% für ihn festgeschrieben – dies wäre immerhin auch inhaltlich ein Fortschritt.

Fortschritt ist auch, dass die Chancengleichheitsbeauftragte (§ 4 LHG) nun Stimmrecht in Berufungskommissionen bekommt (§ 48 LHG). Die bisherige Aufteilung auf zwei Beauftragte – je eine für den wissenschaftlichen und den nichtwissenschaftlichen Bereich – soll wegfallen und die Ämter wie in anderen Bundesländern in eines zusammengeführt werden.

Die beratenden Promovierendenkonvente, die



Im aktuellen Gesetzgebungsverfahren muss bald auch durch den Studierendenrat massiver Druck auf die Landesregierung gemacht werden, um das Schlimmste zu verhindern. Foto: Wikimedia Commons. Nutzer: GRÜNE Baden-Württemberg. Lizenz: CC BY SA 2.0

das Ministerium unlängst angeregt hatte, werden nun im LHG verankert (§ 38 LHG).

Kaum Transparenz

Nach dem Entwurf müssen die Zusammensetzung, Sitzungstermine, Tagesordnung und wesentliche Beschlüsse des Hochschulrats künftig öffentlich gemacht werden. Einige TOPs müssen öffentlich beraten werden. Dies Fortschritt zu nennen, fällt schwer, aber es ist wirklich einer! Sitzungen des Hochschulrats finden aber ansonsten weiter vor allem hinter verschlossenen Türen statt, ebenso die meisten Sitzungen anderer Gremien. Nur einzelne weitere Tagesordnungspunkte könnten öffentlich beraten werden. Dieses auch zu tun, liegt in der Autonomie der Hochschulen. Auch hier will die Landesregierung nicht aktiv und demokratische Praxen abschaffen, sondern sie der Autonomie, sprich der Aushandlung vor Ort, überlassen. Damit sind an der Uni Heidelberg die Studierenden vorerst weiterhin davon ausgeschlossen, mitzuverfolgen, wie über Lehre und Studium oder den Mitteleinsatz für die Lehre entschieden wird.

Studium mehrheitlich wie ehedem

Schön ist, dass Prüfungsordnungen (§ 32 LHG) nun Regelungen für Studierende mit Kind oder chronisch Kranke und Behinderte vorsehen

müssen. Bis her musste oft individuell eingeklagt werden, denn übergeordnetes Recht ist es schon längst.

Ob Studierenden für die Mitwirkung in Gremien eine Verlängerung von Prüfungsfristen gewährt wird oder nicht, entscheidet aber weiterhin der Rektor persönlich (§ 32 LHG), ein regulärer Verlängerungsgrund wird es nicht. Auch andere Regelungen im Bereich Studium und Lehre aus dem vorherigen Jahrhundert bleiben erhalten, so zum Beispiel die Möglichkeit, Studierenden bei Überschreiten einer gewissen Studiendauer das Recht zu nehmen, Prüfungen abzulegen (§ 32(6) LHG). So wird das Recht des Rektors, hier eine Verlängerung zu gewähren oder nicht, zum Machtinstrument gegen unliebsame studentische Gremienmitglieder.

Beibehalten wird auch die verpflichtende Orientierungsprüfung, die bei Nichtbestehen schon nach drei Semestern Leute bundesweit aus ihren und verwandten Studiengängen ausschließt (§ 32(5) LHG). Dass man nun bei erstmaligem Durchfallen durch die Orientierungsprüfung ein Recht auf eine Zwangberatung hat, ist ein schwacher Trost. Dies mag gut gemeint sein, doch hat man im Ministerium auch überlegt, wer diese Beratung verantwortungsvoll und qualifiziert durchführen soll?

All dies ist besonders ärgerlich, weil es mehrere Treffen der Landesstudierendenvertretung mit dem Ministerium gab, um u.a. die Abschaffung einiger überholter Regelungen zu bereden. Die Gebühren waren da aber wohl wichtiger.

Noch kann man was dagegen tun

Der Gesetzesentwurf ist jetzt erst im Anhörungsverfahren. Akteur*innen wie die Landesstudierendenvertretung, die Jugendverbände der Parteien oder Gewerkschaften sind nun gefordert. Auch vor Ort können wir einiges tun: sei es in der FSK als bisheriger, unabhängiger Studierendenvvertretung oder in Fachschaften und Gruppen.

Die LHG-Novelle auf der Beteiligungsplattform des Landes: beteiligungsportal.baden-wuerttemberg.de/de/kommentieren/hochschulrecht-saenderungsgesetz/



Obwohl Lehramtsstudierende einen nicht unerheblichen Teil der Studierenden an der Uni Heidelberg ausmachen, hat man nicht immer den Eindruck, dass sie auf der Prioritätenliste der Unileitung und der einzelnen Institute besonders weit oben stehen. Auch deswegen gibt es in der Fachschafftskonferenz eigens einen Arbeitskreis Lehramt.

Bachelor und Master fürs Lehramt?



Die wesentliche Empfehlung der Expertenkommission ist die Umstellung des Lehramtsstudiums auf Bachelor-/Master-Studiengänge.

Weitere Reformempfehlungen, die im Bericht vorgestellt werden, sind die Kooperation zwischen den Pädagogischen Hochschulen und Universitäten, das Thema Inklusion sowie eine verstärkte Fachlichkeit in allen Lehramtsstudiengängen. Gleichzeitig soll eine größtmögliche „Polyvalenz“ ermöglicht werden, es sollen also Übergangsmöglichkeiten in andere Studiengänge und Berufsfelder offen gehalten werden.

Der Round Table in Heidelberg

Vor über einem Jahr wurde in Heidelberg ein „Round Table“ (RT) zur kooperativen Lehrer*innenbildung von Universität und Pädagogischer Hochschule sowie den Staatlichen Seminaren für Didaktik und Lehrerbildung eingerichtet, um über gemeinsame Lehrangebote zu beraten und die Reformvorschläge zu diskutieren. Dieser tagte bisher sechsmal. Auch Studierende des AKs nahmen regelmäßig an den Gesprächen des RT teil und konnten sich dort zu den Reformbestrebungen äußern.

Inzwischen wird eine landesweite, hochschulübergreifende Diskussion über die Reformvorschläge geführt. Eine Positionierung der landesweiten Studierendenvertretung zum Thema ist in Arbeit.

Der AK fordert: Lehramtsstudium ohne Zäsur!

Die Studierenden des AK haben eine eigene kurze Positionierung erarbeitet und diese bei der RT-Sitzung am 22.7.13 vorgetragen. Der AK fordert losgelöst von der Frage, ob eine Reform umgesetzt wird oder nicht, ein grundständiges Lehramtsstudium ohne Zäsur, aber mit Perspektive. Die Zäsur bedeutet im Falle der Reform den Bachelorabschluss nach sechs Semestern. Diese Zäsur im Studium kann zu einer Studienzeiterverlängerung führen, weil Studierenden

weniger Freiheit in der Studienplanung haben. Die Perspektive, gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu erlangen, ist nicht nur an einen gesicherten Platz im Referendariat gekoppelt, sondern auch an die freie Wahl von Erst- und Zweitfach, sowie der Möglichkeit, ein Drittfach zu belegen.

Vier Herausforderungen für den Round Table

Im Round Table gibt es vier Herausforderungen: Die erste Herausforderung betrifft die Kooperation von PH und Universität. Wir Studierende wünschen uns eine bessere Verzahnung zwischen Universität und PH, die in der gemeinsamen Planung und Durchführung von Seminaren zum Ausdruck kommen könnte. Zu vermeiden ist, dass es zu einem Fachstudium an der Uni und einem Outsourcing der Fachdidaktik an die PH kommt.

Der RT will sich weiter mit der Frage beschäftigen, wie praxisrelevante Inhalte im LA-Studium besser vermittelt werden können. Er fordert eine größere Transparenz, was Möglichkeiten für Praktika betrifft. In den Universitätsbibliotheken sollte die Anzahl der lehramtsrelevanten Bücher an den Prozentsatz

der LA-Studierenden der jeweiligen Fächer angepasst werden.

Inklusion braucht gut ausgebildete Lehrer!

Die dritte Herausforderung ist die Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, die 2009 von Deutschland ratifiziert wurde. Daraus folgt, dass zukünftige Lehrer*innen sonderpädagogisch ausgebildet, auf Inklusion vorbereitet und entsprechende Inhalte und Lehrkonzepte im



Damit die Inklusion an baden-württembergischen Schulen gelingt, muss noch einiges passieren. (c): Reinhild Kassling

Studium vermittelt werden sollten. Inklusion ist dabei nicht als ein Modul des LA-Studiums, sondern als elementarer Bestandteil des Lehramtsstudiums zu begreifen.

Ein Studium darf nicht an Formalia scheitern!

Eine weitere große Herausforderung, vor der der RT im Moment steht, ist das mangelnde Vertrauen der Studierenden in die Institutionen. Um Vertrauen zu gewinnen, müssen die Institutionen Prüfungsordnungen klarer kommunizieren und deren Studierbarkeit transparent machen. Sie müssen auch offener sein für die Veränderung von Prüfungsordnungen. Wo die Praxis zeigt, dass es Probleme gibt oder Prüfungsordnungen einen unverhältnismäßig hohen bürokratischen Aufwand produzieren, müssen in den Studienkommissionen in gemeinsamer Arbeit mit den dort vertretenen Studierenden Prüfungsordnungen unkompliziert geändert und verbessert werden können. Dazu gehört, dass sinnvolle Lehramtsberatungen und flexiblere Studienverläufe geschaffen werden. Dazu gehört die Entschleunigung des Studiums. Dazu gehören mehr Prüfungsversuche, klare Zuständigkeiten und Zusammenarbeit der fachinternen und Zentralen Studienberatung. Das Studium nach Hörensagen soll der Vergangenheit angehören. Die bürokratische Überregulierung, die für Probleme aus der Studienpraxis blind ist und zu Anerkennungsblockaden führt, ebenso.

Der Lehramtsreader kommt

Um den Lehramtsstudierenden Geschmack auf das Lehramtsstudium zu machen, arbeiten wir derzeit an einer Aktualisierung und grundlegenden Überarbeitung des alten Staatsexamensreaders zu einem umfassenderen Lehramtsreader. Mit diesem wollen wir einen kleinen Überblick auf die verschiedenen Studienbereiche und Themenblöcke geben, auf verschiedene Reformschulprojekte aus der Region aufmerksam machen und einen kleinen Blick auf die allgemeine Debatte um die Reform des Lehramtsstudiums werfen.

Mitarbeit ist herzlich willkommen

Darin könnte der AK praktisches Wissen sammeln, das uns das Lehramtsstudium erleichtert hat. Sozusagen eine Anleitung für ein erfolgreiches LA Studium in Heidelberg und zugleich auch ein kleines hochschulpolitisches Schlaglicht für eine allgemeine Reform des Lehramtsstudiums. Falls ihr speziell für den Reader oder generell Interesse an der Mitarbeit habt, schaut vorbei oder nehmt per Mail Kontakt mit uns auf unter: la-ak@fsk.uni-heidelberg.de



Ein gutes Studium lebt von guten Studienbedingungen. Studierende brauchen für einen effektiven Studienalltag vor allen Dingen eines: Ein gutes und bezahlbares Wohnumfeld, von dem sie schnell und günstig zur Hochschule gelangen. Heidelberg ist hier kein Vorbild: Das Semesterticket wird immer teurer und bezahlbarer Wohnraum ist sehr knapp.

Wohnraum als soziale Hürde

Gerade zu Studienbeginn stehen heute viele Studienanfänger*innen in Heidelberg vor der Herausforderung, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Diese Belastung der Studiensituation gilt es umgehend zu beseitigen. Vor allem die stetig steigende Anzahl von Studienanfänger*innen und fehlende öffentliche Förderung von Wohnheimkapazitäten haben innerhalb der letzten Jahre zu einer erheblichen Verschlechterung der sozialen Situation der Studierenden geführt. Aufgrund der hohen Mieten können die meisten Studierenden nur noch begrenzt eine von ihnen individuell präferierte Wohnform auswählen und wohnen häufig noch zu Hause.



Hier ist künftig viel Platz für studentischen Wohnraum, wenn die Stadt dies will: auf dem ehemaligen Gelände der US-Armee.

Im schlimmsten Fall bleibt einigen deswegen das Studium verwehrt, weil allein schon die Lebenshaltungskosten zu hoch sind. Aktuell beträgt der Mietspiegel in Heidelberg 8,13 Euro pro Quadratmeter, in Mannheim „nur“ 6,26 Euro. Gerade bei kleinen Wohnungen, die Studierende oft mieten, sind die Quadratmeterpreise oft bei weit über 10 Euro.

Die Politik ist gefordert

Die finanzielle Förderung der Studentenwerke durch Bund und Länder muss erhöht werden, um so mehr Wohnheime und damit bezahlba-

ren Wohnraum zu gewährleisten, bzw. neuen studentischen Wohnraum zu schaffen. Zudem muss der barrierefreie und familiengerechte Wohnraum ausgebaut werden.

Der Abzug der US-Armee als große Chance

Ganz aktuell gibt es in Heidelberg viele freigebliebenen Flächen: Der Abzug der amerikanischen Streitkräfte aus Heidelberg hat begonnen und bis 2014 sollen alle 8000 Angehörigen der US-Armee Heidelberg verlassen haben. Zurück bleibt eine Fläche von fast 200 Hektar, was der doppelten Größe der Heidelberger Altstadt entspricht. Die Stadt Heidelberg erhält über diese Flächen die Planungshoheit. Sie kann durch die Bebauungspläne die Art und das Maß der Nutzung festsetzen. Damit entscheidet sie,

wer Teile der begehrten Flächen erhält.

Die Stadt muss mehr für die Studierenden tun!

In der Vergangenheit gelang es dem Studentenwerk Heidelberg zwar, sich einen Teil der Gebäude gegen die Widerstände der Stadtverwaltung zu sichern. Doch leider erweisen sich seit letztem Jahr alle Verhandlungen mit der Stadt um weiteren bezahlbaren Wohnraum als ergebnislos. So stehen weiterhin hunderte Wohnungen leer und damit für Studierende nicht als bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung.

Foto: Wikimedia Commons, Nutzer Jivee Blau, Lizenz: CC BY SA 3.0



Das Semesterticket macht die Lage nicht besser

Bei dieser angespannten Wohnungssituation könnten Heidelberger Studierende zum Beispiel nach Mannheim ausweichen. Gerade dann wären aber die sozial schlechter gestellten Studierenden auf das Semesterticket angewiesen. Angesichts der „ausbildungsbedingten finanziellen Bedürftigkeit“ der Studierenden soll das Semesterticket sie unterstützen. Das wird jedoch durch die aktuellen Preisentwicklungen in Frage gestellt. So sorgen die gestiegenen Preise des Semestertickets jedes Halbjahr für wütende Diskussionen. Mittlerweile erwirbt nicht einmal mehr die Hälfte der Studierenden das Semesterticket. Aktuell kostet es 163,50 Euro, da mit den 141 Euro allein, die man beim VRN bezahlt, das Ticket noch nicht beglichen ist.

22,50 Euro kommen als Sockel dazu

An den Hochschulen in Baden-Württemberg wird das Semesterticket nach dem sogenannten Sockelbetragsmodell finanziert. Jede*r Studierende zahlt dabei den verpflichtenden Sockelbetrag. Zusätzlich muss jedoch noch das Semesterticket erworben werden, um die Angebote des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) zu nutzen. Aktuell beträgt der Sockelbetrag 22,50 Euro. Diesen Sockelbetrag erhebt auch das Studentenwerk Heidelberg von allen Studierenden. Dafür können alle Studierende den ÖPNV mit dem Studierendenausweis auch ohne ein Semesterticket am Abend (nach 19

Uhr) und am Wochenende in Heidelberg (bzw. in Mannheim für Studierende der Medizinischen Fakultät Mannheim) nutzen.

Die nächsten Preissteigerungen sind schon in Sicht. Mit dem Ende des Sommersemesters 2014 läuft der aktuelle Vertrag mit dem VRN über das Semesterticket aus. Wohin die Reise geht, liegt bald bei uns Studierenden.

Durch den Studierendenrat dürfen wir (offiziell) selbst verhandeln

In Baden-Württemberg vertritt die Studierenden bisher das Studentenwerk bei den Verhandlungen mit dem Verkehrsverbund Rhein-Neckar (VRN). Das Studentenwerk verhandelt aber dankenswerterweise mit der Fachschaftskonferenz (FSK). Die FSK hat dafür die Arbeitsgemeinschaft Semesterticket gegründet. Mit der Wahl des ersten Studierendenrats können wir Studierenden auch offiziell selbst verhandeln. Alle, die schon jetzt mitarbeiten möchten, können sich gerne jederzeit bei uns melden unter: semesterticket@fsk.uni-heidelberg.de

Grün-Rot lässt auch hier wenig Hoffnung zu

Die Landesregierung muss eingreifen und durch entsprechende Zuschüsse ein bezahlbares Semesterticket ermöglichen. Ansonsten verstößt sie gegen ihren eigenen Koalitionsvertrag, der eine soziale Öffnung der Hochschulen vorsieht. Bei der aktuellen Sparpolitik könnte es sich hier aber um ein reines Lippenbekenntnis handeln.



Der Studierendenrat kommt. Zwischen dem 18. und 20. November 2013 werden alle Studierenden den ersten Heidelberger Studierendenrat (StuRa) wählen. Dieser wird im Namen von über 31.000 Studierenden sprechen. Warum kann er das? Und was hat der StuRa mit anderen Gremien der Universität zu tun? Wie können wir alle an der Politik des StuRa mitwirken?

Abschaffung und Wiedereinführung der VS

Der StuRa ist das Heidelberger Modell einer Verfassten Studierendenschaft (VS). Wie der Name schon sagt, gehören ihr alle Studierenden an. Sie ist damit die offizielle Vertretung aller Studierenden. Damit nimmt sie auch ein politisches Mandat wahr. Eine solche VS gibt es in allen Bundesländern außer in Bayern. In Baden-Württemberg wurde die VS 1977 abgeschafft und im Juli 2012 wurde sie wieder eingeführt. Die meisten ihrer Aufgaben haben in BaWü bisher unabhängige Modelle wie die Fachschafskonferenz (FSK) in Heidelberg übernommen. Mit der VS erhalten die Studierenden in Baden-Württemberg nach über 30 Jahren ihre eigene Stimme zurück: Nicht mehr der Rektor spricht offiziell für die Studierenden, sondern die Studierenden sprechen für sich selbst! Damit können die Studierenden zum Beispiel beim Semesterticket endlich wieder offiziell verhandeln. Bisher war man hier auf den guten Willen des Studentenwerkes angewiesen.

Der StuRa wird zur Heidelberger VS

Die Studierenden konnten selbst bestimmen, wie ihre VS vor Ort aussieht. Daher fand vom 13. bis 15. Mai in Heidelberg eine Urabstimmung statt. In dieser sprachen sich die Heidelberger Studierenden mehrheitlich für den StuRa aus. Für ihre politische Arbeit wird die VS von jedem Studierenden Beiträge erheben. In Heidelberg wären zum Beispiel 5-10 Euro pro Semester vorstellbar. Dies wird der StuRa nach seiner Konstituierung im Dezember festlegen.

Das Wichtigste ist: Wählen gehen!

An bestehenden Gremien der akademischen Selbstverwaltung, also z.B. dem Senat, ändert sich durch den StuRa leider nichts: Sie werden weiterhin mit professoralen Mehrheiten zum Beispiel über Studienordnungen beschließen, auch wenn die Studierenden davon hauptsächlich betroffen sind, wenn es jetzt zum Beispiel um die anstehende Reform des Lehramtsstudiums geht. Der StuRa kann aber jetzt als

offizielle Stimme der Studierenden politischen Druck ausüben. Je mehr Studierende wählen gehen, desto stärker sind Stimme und Mandat der VS. Macht also fleißig von Eurem Wahlrecht Gebrauch.

Viele Perspektiven statt Blockbildung

Auf der einen Seite gibt es die engagierten

gruppen und (Studien-) Fachschaften in einem Gremium.

Die Staffelung bei Fachschaften

Auf die Studienfachschaften entfallen dabei insgesamt 65 Sitze. Eine Studienfachschaft sind hierbei alle Studierenden eines Faches. Ist eine Fachschaft kleiner als 4 Prozent der Studierenden der Universität Heidelberg insgesamt, wählt die Studienfachschaft eine*in Vertreter*in direkt, bei mehr als 4 Prozent zwei Vertreter*innen und bei mindestens 8 Prozent drei Vertreter*innen.

werden die Plätze entsprechend verringert. Wählen beispielsweise 17 Prozent wie bei der Urabstimmung über das Modell der VS im Mai, würden alle Gruppen zusammen circa 21 bis 22 Plätze erhalten. Dann drohen aber schon einige Gruppen komplett herauszufallen.

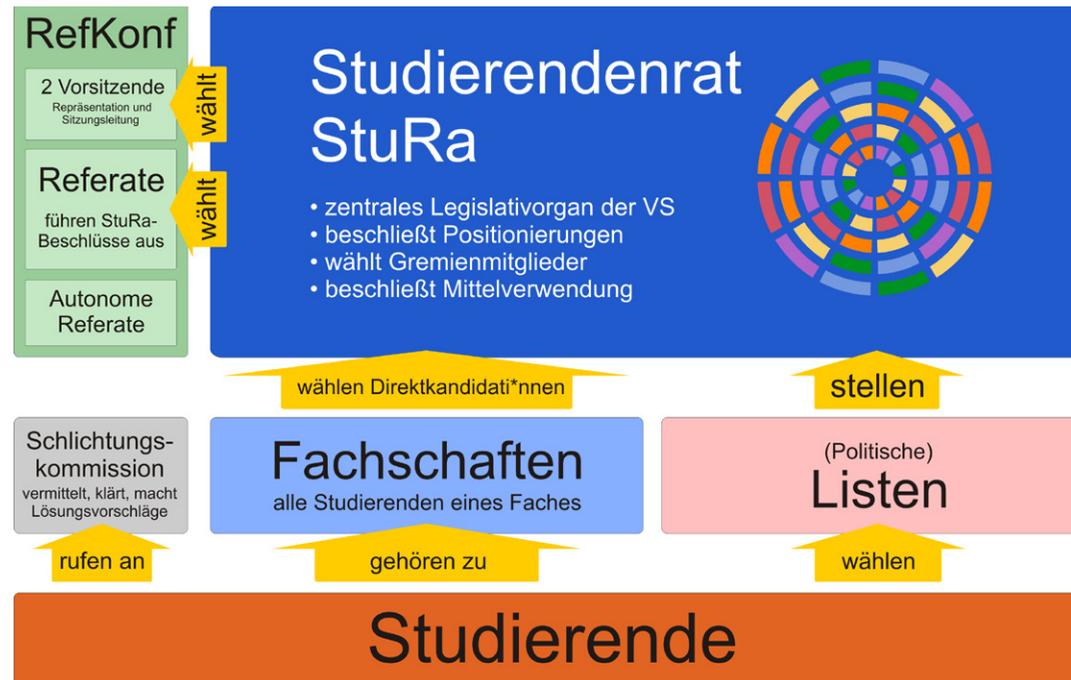
Gewählt werden diese Vertreter*innen uniweit und jede*r Studierende hat zehn Stimmen. Es findet eine personalisierte Listenwahl statt: Das heißt man wählt Personen, die auf den Listen der jeweiligen Gruppe stehen. Dabei kann man bis zu zwei Stimmen auf eine Person vereinen. Man kann auch mehrere Listen wählen. Die Sitze für eine Liste entsprechen ihrem Anteil an allen abgegebenen Stimmen.

Im StuRa können alle mitmachen

Die Frist für die Kandidatur endete am 21. Oktober. Das ist aber nicht schlimm: Im StuRa sind alle Studierenden antrags- und redeberechtigt. So können auch Studierende, die kein Mandat haben, jederzeit mitwirken. Die Referate führen die Beschlüsse des StuRa in einzelnen thematischen Bereichen aus. Auch hier ist Mitarbeit gerne gesehen.

Alle Kandidaten und Listen findet ihr im Netz:

stura.uni-hd.de



Fachschaften, die über die politischen Entwicklung vor Ort Bescheid wissen und in den Instituten Politik machen. Auf der anderen Seite gibt es (politische) Hochschulgruppen wie Jusos, die Grüne Hochschulgruppe (GHG), die VASUH-Hochschulgruppe, den Sozialistischen Demokratischen Studierendenverband (SDS), mit ihrem jeweils eigenen Blick auf die gesamte Universität. Eine starke Studierendenvertretung muss die Expertise der Fachschaften und die Perspektiven der Gruppen bündeln. Deswegen sitzen im StuRa Vertreter*innen von Hochschul-

Ohne Wahlbeteiligung keine Vielfalt

Theoretisch entfallen auf die Hochschulgruppen so viele Sitze wie auf die Fachschaften. Jedoch gilt dies erst ab einer Wahlbeteiligung von 50 Prozent. Diese Beteiligung wäre auch sehr wichtig: In diesem Jahr kandidieren viele verschiedene Hochschulgruppen zum ersten Mal. Das ist eine einmalige Chance auf eine vielfältige Studierendenvertretung, in der viele von uns wirklich vertreten würden.

Bei einer Wahlbeteiligung unter 50 Prozent,

Ihr wählt im Wahlraum des (ersten) Hauptfachs. Bringt den Studiausweis oder einen Lichtbildausweis mit.

Wahlraum 1 - Neue Universität, Erdgeschoss, Foyer: Ägyptologie, Alte Geschichte, American Studies, Anglistik, Assyriologie, Byzantinische Archäologie und Kunstgeschichte, Deutsch als Fremdsprache, Erziehung und Bildung, Ethnologie, Germanistik, Geschichte, Islamwissenschaft/Iranistik, Japanologie, Jura, Klassische Archäologie, Klassische Philologie, Kunstgeschichte (Europäische), Mittelalter/Mittelalterstudien, Musikwissenschaft, Osteuropastudien, Ostasiatische Kunstgeschichte, Philosophie, Pflegewissenschaften/Care, Psychologie, Religionswissenschaft, Romanistik, Semiotik, Sinologie, Slavistik, Theologie, Transcultural Studies, Ur- und Frühgeschichte/Vorderasiatische Archäologie, Übersetzen und Dolmetschen, Zahnmedizin

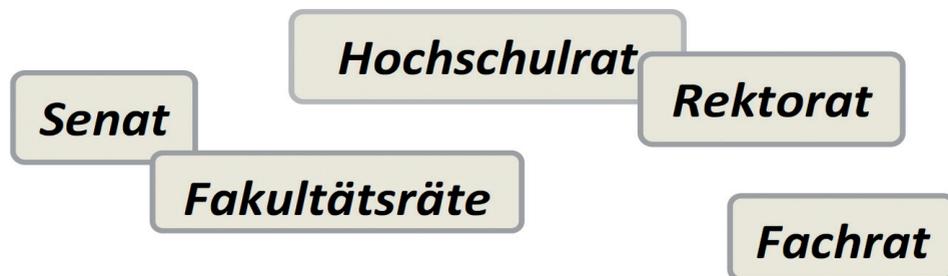
Wahlraum 2 - Zentralbereich Neuenheimer Feld, INF 306, Obergeschoss: Biologie, Chemie, Computerlinguistik, Geographie, Geowissenschaften, Informatik, Mathematik, Medizin Heidelberg, Molekulare Biotechnologie, Pharmazie, Physik, Sport, Südasienswissenschaften

Wahlraum 3 - Campus Bergheim, Bergheimerstr. 58: Politikwissenschaft, Soziologie, Volkswirtschaftslehre

Wahlraum 4 - Medizinische Fakultät Mannheim, Theodor-Kutzer-Ufer 1-3, Haus 42, ZMF, Foyer: Medizin Mannheim

Man stelle sich vor: Ein Gremium entscheidet, dass in der Universität Heidelberg künftig alle extramatrikuliert werden, die für einen Bachelorstudiengang länger als acht Semester brauchen. Und dieses Gremium tut dies sogar, ohne dass die, die es betrifft, wirklich ein ernsthaftes Wörtchen mitzureden hätten. Was abstrus und undemokratisch klingt, ist an der Universität leider immer noch Realität. Und zwar auf allen drei Ebenen der Universität.

Welche Unigremien gibt es überhaupt?



Die Gruppenuniversität

Früher saßen nur Professor*innen in universitären Gremien, und von ihnen nur die „ordentlichen“ Professor*innen, die Ordinarien – daher die Bezeichnung Ordinariuniversität. Seit Ende der 70er Jahre sind in den westdeutschen Hochschulgremien Mitglieder aller Statusgruppen vertreten, dieses Modell ist die Gruppenuniversität. Die vier Gruppen sind:

- Hochschullehrer*innen, d.h. (Junior-)Professor*innen und Hochschuldozent*innen („Profs“)
- akademischen Mitarbeiter*innen („Mittelbau“)
- Studierende
- Mitarbeiter*innen aus Administration und Technik („Sonstige“)

Die Hochschullehrer*innen haben nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 1972 die Mehrheit in den Gremien. In einigen Gremien, wie den Rektorat oder dem Fakultätsvorstand, sitzen weiterhin nur Hochschullehrer*innen. Wie Gremien zusammengesetzt sind, regelt das Landeshochschulgesetz Baden-Württemberg (LHG), das von der Grundordnung der Universität Heidelberg (GO) konkretisiert wird. Spezialregelungen für Heidelberg werden per Satzung im Senat beschlossen, dies gilt zum Beispiel für den Fachrat.

Die Unigremien im Überblick

Die Universität besteht aus 12 Fakultäten, Entscheidungen auf Fakultätsebene fallen im Fakultätsrat oder im Fakultätsvorstand. An einigen Fakultäten – z.B. der Juristischen – kann man nur ein Fach studieren, so dass die Fakultätsebene mit der Fachebene zusammenfällt. Viele Fakultäten fassen jedoch mehrere Fächer zusammen. Fachbezogene Fragen werden dort in Direktorien, Fachräten oder Studienkommissionen beraten.

Der Senat ist das zentrale beschlussfassende Gremium der Universität, welches über den Fakultäten steht.

Die Fachebene

Die kleinsten Einheiten der Uni bilden die Fächer, sie werden in Instituten bzw. Seminaren zusammengefasst, diese Bezeichnungen sind oftmals gleichbedeutend, wir werden im Folgenden nur noch von Instituten reden. Personalstarke Fächer wie Jura können auch für ihre Teilfächer Institute einrichten. In den meisten Fächern, wie zum Beispiel der Ethnologie, gibt es aber weniger Personal und nur ein Institut. Die Leitung eines Instituts liegt in der Verantwortung eines Direktoriums. In diesem haben nur Professor*innen Stimmrecht, manchmal sind auch andere Gruppen mit beratender Stimme vertreten.

Abgesehen von den Fällen, in denen Fakultät und Fachebene zusammenfallen, gab es daher

bis 2010 keine institutionalisierte Mitbestimmung aller Gruppen auf Fachebene. So mussten oft Prüfungsordnungen oder Berufungen ohne Mitwirkung von studentischen Vertreter*innen des Faches beraten werden.

Seit Dezember 2010 gibt es an fachlich sehr vielfältigen Fakultäten auf Initiative der FSK Fachräte, in denen alle Gruppen vertreten sind. Mehr dazu auf S. 17!

Die Fakultätsebene

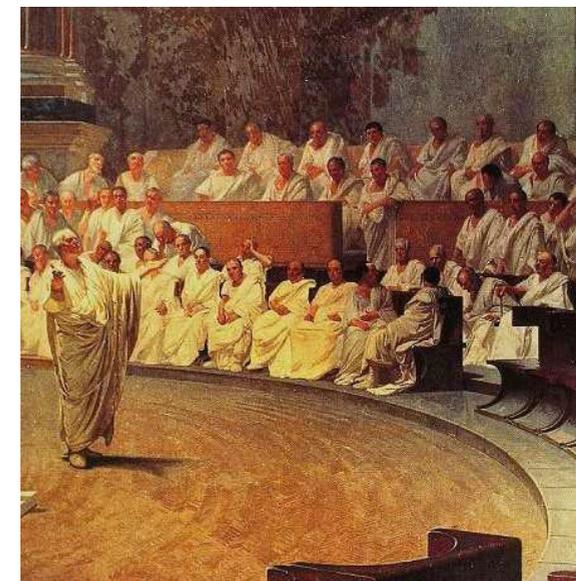
Eine Fakultät ist der Zusammenschluss verschiedener Institute. Diese können wie oben beschrieben Einzelfächer oder Teilfächer eines Faches umfassen. Die Fakultät wird vom Fakultätsvorstand – bestehend aus Hochschullehrer*innen – geleitet. An seiner Spitze steht der/die Dekan*in. Formal bestimmt der Fakultätsvorstand u.a. die Lehraufgaben der Lehrenden und führt die Dienstaufsicht über die Einrichtungen. Er ist verantwortlich für:

- die Mittelverwendung,
- den Struktur- und Entwicklungsplan der Fakultät (5-Jahresplan),
- Vorschläge zur Evaluation und zur Aufgabenbeschreibung für Hochschullehrer*innen (§ 24 Landeshochschulgesetz, LHG).

Da dies an großen Fakultäten nicht zentral gemacht werden kann, wird es real auf der Fachebene, z.B. im Fachrat, vorbereitet.

Beratungsgremium der Fakultät ist der Große oder Kleine Fakultätsrat. Im Großen Fakultätsrat sitzen zwischen 6 und 8 Studierende, im Kleinen Fakultätsrat 5. Ein Fakultätsrat hat Amts- und Wahlmitglieder, er berät über die Belange der einzelnen Fächer und der dazugehörigen Institute der Fakultät:

- Einrichtung und Schließung von Studiengängen
- Besetzung von Professuren
- das Lehrangebot
- 5- Jahrespläne für Struktur und Entwicklung der Fakultäten



Demokratisch so überholt wie sein römisches Vorbild: Der Senat

- Veränderung von Fakultätseinrichtungen wie Instituten.

Für besondere Aufgaben wählt er Kommissionen und Ausschüsse. Für Lehre und Studium muss die Fakultät mindestens eine Studienkommission wählen. Sie besteht aus maximal zehn Mitgliedern, darunter genau vier Studierende, den Vorsitz hat der/die Studiendekan*in. Die Studienkommission erarbeitet Empfehlungen zum Studium und zur Verwendung der für Studium und Lehre vorgesehenen Mittel und wirkt an der Evaluation der Lehre mit. In Fakultäten mit bis zu drei Fächern gibt es in der Regel für jedes Fach eine eigene Studienkommission. An der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften mit drei Fächern gibt es nur eine Studienkommission und keine Fachräte. Hier gibt es jedoch informelle Absprachen auf Fachebene im Vorfeld der Fakultätsentscheidungen.

Die Universitätsebene

Geleitet wird die Universität vom Rektorat. Der Senat ist das zentrale Gremium und steht unter dem Vorsitz des/der Rektor*in. Zu den Aufgaben des Senats gehören u.a. Stellungnahmen zu den 5-Jahres-Plänen, Haushaltsvoranschläge sowie zur Funktionsbeschreibung von Professuren und zu Berufslisten, Einrichtung, Änderung und Aufhebung von Studiengängen,

Zulassungszahlen, Beschluss über Prüfungs-, Zulassungs-, Gebührenordnungen und die Grundordnung. Die meisten Beschlüsse der Fakultäten müssen im Senat bestätigt werden. Einige Beschlüsse können dann direkt in Kraft treten, andere bedürfen noch der Zustimmung des Aufsichtsrats und/oder des Wissenschaftsministeriums. Für einiges haben Fakultäten und Senat nur ein Beratungsrecht, Entscheidungen fällt das Rektorat, in dem keine studentische Vertretung vorgesehen ist. Das Rektorat kann auch eigene Kommissionen einsetzen. Ob und welche Studierende dort mitarbeiten, kann das Rektorat alleine festlegen. Die Arbeit im Senat wird in Senatsausschüssen vorbereitet, von denen einige auch studentische Mitglieder haben.

Der Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat (in Heidelberg Universitätsrat genannt) ist zuständig für die Entwicklung der Hochschule und schlägt Maßnahmen zur Profilbildung und zur Erhöhung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit vor. Er beaufsichtigt formal die Geschäftsführung des Rektorats. Dem Aufsichtsrat gehören 5 interne und 6 externe Mitglieder an, den Vorsitz hat ein externes Mitglied, das Rektorat nimmt beratend teil und

organisiert die Vorbereitung der Sitzungen. Die Mitglieder werden auf Vorschlag einer Wahlkommission vom Ministerium eingesetzt.

Gremien des Studentenwerks

Neben den universitären Gremien sind die Gremien des Studentenwerks für die Student*innen von besonderer Bedeutung. Die Vertreterversammlung des Studentenwerks Heidelberg berät allgemeine Fragen aus dem Geschäftsbereich des Studentenwerks und hat vier studentische Mitglieder von der Uni Heidelberg. Der Senat wählt für die Universität Heidelberg die Mitglieder der Vertreterversammlung. Weitere Mitglieder kommen aus weiteren Hochschulen, die dem Heidelberger Studentenwerk angehören wie zum Beispiel der Pädagogischen Hochschule. Die Vertreterversammlung wählt den Verwaltungsrat des Studentenwerks, der die Geschäftsführung des Studentenwerks berät und kontrolliert.

Eure Anlaufstelle für Mitarbeit in Gremien

Wenn ihr nun Fragen zu den vielen verschiedenen Gremien habt, schreibt an:

gremien@fsk.uni-heidelberg.de

Wenn man Studierende fragen würde, was sie studieren, würde kaum eine*r antworten: „Ich studiere an der Neuphilologischen Fakultät“, sondern: „Ich studiere Germanistik“. Das wichtigste an der Universität ist nun einmal das eigene Fach. Dort werden die Weichen gestellt – doch gerade im Fach gab es lange keine Mitbestimmung, bis 2010 die Fachräte eingeführt wurden. In diesem Semester wählen die Studierenden wieder direkt ihrer Vertreter*innen in den Fachräten.

Was ist der Fachrat?

Der Fachrat ist die fachbezogene Zusammenkunft aller Statusgruppen einer oder mehrerer Einrichtungen der Universität. Er entwickelt und koordiniert Vorschläge und Konzepte zu Studium, Lehre und damit verbundene Aufgaben innerhalb eines Fachs.

In einigen Fakultäten geschieht dies im Fakultätsrat, z.B. in der Theologischen oder Juristischen Fakultät, denn an diesen Fakultäten wird nur ein Fach studiert. Manche Fakultäten sind aber so heterogen und groß, dass die Detailanliegen von 20 und mehr Fächern dort nicht ausführlich besprochen werden können.

Im Fachrat sitzen Mitglieder der vier Statusgruppen eines Fachs: Hochschul-lehrerInnen, akademische MitarbeiterInnen, MitarbeiterInnen in Administration & Technik und Studierende. Der Fachrat ermöglicht daher gemeinsame Gestaltung von Studium und Lehre bereits dort, wo faktisch die allermeisten Entscheidungen bereits fallen: im Fach.

Welche Fächer haben einen Fachrat?

Betroffen sind die drei Fakultäten mit vielen verschiedenen Fächern, also die Philosophische und Neuphilologische Fakultät sowie die Fakultät für Verhaltens- und empirische Kulturwissenschaften.

Was macht der Fachrat konkret?

Die Aufgaben des Fachrats sind:

1. Entwurf und Überarbeitung von Zulassungs-, Studien- und Prüfungsordnungen sowie Modulhandbüchern;
2. Einsatz der für Studium und Lehre vorgesehenen Mittel und Räume;
3. Planung des Lehrangebots

4. Evaluation und Entwicklung der Lehre;
5. Stellungnahme zur Ausrichtung und Besetzung von Hochschullehrer*innenstellen;

Der Fachrat ist beratend – das heißt die Entscheidungsrechte der ProfessorInnen und des Fakultätsrats bleiben unangetastet. Allerdings vertrauen wir darauf, dass man sich guten Argumenten nicht entziehen kann.

Bald sind auch Fachratswahlen!

In diesem Semester finden wieder Fachratswahlen statt. Gewählt werden dieses Semester die studentischen Mitglieder der 33 Fachräte für die Amtszeit im SoSe 14 und WiSe 14/15. Im Wintersemester 14/15 finden dann die nächsten Wahlen statt – bei denen dann neben den Studierenden auch die nichtstudentischen Mitglieder neu gewählt werden.



Wann und wo wird gewählt?

Die Wahlzeiträume für dieses Semester sind:

1. Wahlkorridor: vom 25.11. bis 18.12.2013
2. Wahlkorridor: vom 13.1. bis 24.1.2014

Die Wahlen werden in den Instituten vor Ort von den Fachschaften und der AG Fachrat durchgeführt.

Mitorganisator*innen willkommen

Wer schon immer mal eine Fachratswahl mitorganisieren wollte oder einfach mal informieren, möge sich bei der AG Fachrat melden! Neben der konkreten Arbeit bei der Durchführung der Wahlen werden derzeit auch die Informationsmaterialien für den Fachrat überarbeitet und erweitert. Wer hierbei mitmachen will, kann auch einmal zu einem Treffen kommen. Sprechstunde ist jeden Freitag zwischen 12:00 und 14:00. Meldet Euch bei Interesse jederzeit unter: ag-fachrat@fsk.uni-heidelberg.de

Die einzelnen Uni-Gremien im Überblick

| Der Fachrat: | Der Große Fakultätsrat: | Rektorat |
|---|---|---|
| <ul style="list-style-type: none"> • 3 Hochschullehrer*innen mit dreifachem Stimmrecht, • 3 Vertreter*innen der Akademischen Mitarbeiter*innen, • 3 Studierende, • 2 Vertreter*innen aus Administration und Technik. <p>Die Mitglieder werden direkt gewählt oder sind – z.B. wenn es in einem Fach nur eine Professur gibt – kraft Amtes Mitglied. In Fächern mit zwei Hochschullehrer*innen reduzieren sich die Mitgliedszahlen um eins, bei einer Professur erhalten die Mitarbeiter*innen aus Administration und Technik keinen Platz (2-2-2-1 bzw. 1-1-1-0).</p> | <ul style="list-style-type: none"> • Fakultätsvorstand • Alle hauptberuflichen Hochschullehrer*innen, • 6-8 gewählte Studierende, • 4-5 akademische Mitarbeiter*innen, • 3 Vertreter*innen aus Administration und Technik | <ul style="list-style-type: none"> • Mitglieder: 1 Rektor*in, • 1 Kanzler*in als Leiterin der Verwaltung • 4 Prorektor*innen. <p>Rektor*in und Kanzler*in werden vom Aufsichtsrat gewählt und vom Ministerpräsidenten ernannt. Die Prorektor*innen werden auf Vorschlag des/der Rektor*in vom Senat gewählt.</p> |
| Der Fakultätsvorstand | Der Kleine Fakultätsrat: | Senat |
| <ul style="list-style-type: none"> • 1 Dekan*in, • 1 Prodekan*in als Stellvertreter*in • 1 Studiendekan*in • noch 1 Prodekan*in (bei über 30 Hochschullehrer*innen) | <ul style="list-style-type: none"> • Fakultätsvorstand • bis zu fünf Leiter*innen von wissenschaftlichen Einrichtungen der Fakultät • 6 gewählte Hochschullehrer*innen, • 4 gewählte akademische Mitarbeiter*innen, • 5 gewählte Studierende • 1 gewählte*r Vertreter*in aus Administration und Technik | <ul style="list-style-type: none"> • 8 gewählte Hochschullehrer*innen • 4 gewählte Akademische Mitarbeiter*innen • 4 gewählte Studierende • 4 gewählte Mitarbeiter*innen aus Administration und Technik („Sonstige“). • 6 Rektoratsmitglieder (Rektor*in, 4 Prorektor*innen, Kanzler*in), • 12 Dekan*innen der Fakultäten • 1 Gleichstellungsbeauftragte*r |

Die Universität Heidelberg beansprucht für sich eine internationale Spitzenposition. Doch gerade bei dem globalsten Thema unserer Zeit, der Erderwärmung, hat sie positiv formuliert noch sehr, sehr viel Luft nach oben. Dies zeigt der Blick nach Mannheim, Freiburg oder Tübingen.

Die Universität Mannheim ist spitze!

Im November 2012 war es soweit: Die Universität Mannheim bezieht seitdem durch die Initiative der grün-alternativen Hochschulgruppe Ökostrom. Nach drei Monaten einigte man sich bereits mit der Universitätsleitung, die Mehrkosten fallen in Mannheim mit 5.000 Euro mehr pro Jahr sehr bescheiden aus – bei 9,5 Millionen Kilowattstunden bedeutet dies eine Kostensteigerung um nur zwei Prozent. In Heidelberg gab es von der grünen Hochschulgruppe (GHG) anlässlich der damals anstehenden Neuausschreibung für die Uni Heidelberg eine Petition zur Umstellung auf Ökostrom.

1400 Unterschriften reichen nicht aus



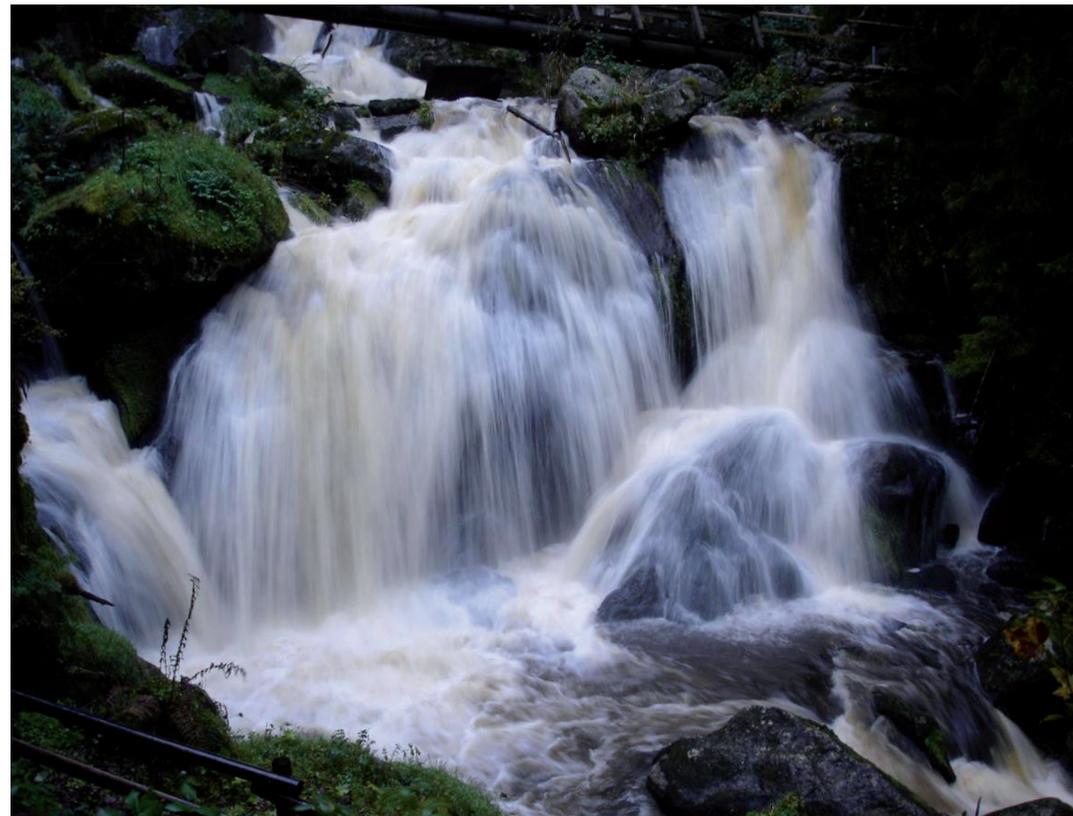
Trotz der Übergabe von knapp 1400 Unterschriften von Mitarbeiter*innen und Studierenden, kann man hier das Streben nach einer nachhaltigeren Universität auf den unverbindlichen Satz „Wir werden versuchen, die Forderungen zu berücksichtigen“ reduzieren. Rektor Bernhard Eitel erklärte damals, dass dies wegen des viel höheren Stromverbrauchs der naturwissenschaftlichen und medizinischen Fakultäten, nicht wie in Mannheim finanzierbar sei.

Ein Bemühen des Rektors, in irgendeiner Form Finanzmittel dafür aufzutreiben, ist nicht zu erkennen. Erstaunlicherweise zeigt auch die grüne Landesregierung keine Initiative. Von gesellschaftlicher Verantwortung und dem Anspruch, eine Vorreiterrolle einzunehmen, ist hier auf beiden Seiten wenig zu spüren. Gerade dieser Bereich ist jedoch besonders relevant für die Zukunft – hier muss man heute ansetzen, wenn sich moren etwas ändern soll. Dies gilt gerade für eine international ausgerichtete Universität mit globaler Verantwortung und gesellschaftlicher Vorbildfunktion.

Kaum Fortschritte bei Ökopapier

Auch die großflächige Einführung von Recyclingpapier ist ein leidiges Thema. Es wird seit Jahren diskutiert, aber mit Ausnahme des Psychologischen Instituts nicht umgesetzt. Die

einzigste Möglichkeit, halbwegs nachhaltig zu drucken, bietet bisher das Druckzentrum im URZ. Was sich dort „Umweltpapier“ nennt, also eigentlich Recycling sein müsste, ist aber leider nur Frischfaserpapier aus teilweise nachhaltiger Forstwirtschaft. Durch die aktuell laufende Neuaufstellung des Druckzentrums bleibt abzuwarten, ob es derartiges künftig noch geben wird. Immerhin gibt es seit 2012 etwas Bewegung: Bei einem Treffen zeigte sich der Rektor



Die EGT im Schwarzwald versorgt seit November 2012 die Universität Mannheim mit Strom von diesem Wasserfall am Tribberg.

offen für Vorschläge in diesem Bereich und 2014 kann eine Neuausschreibung für Papier stattfinden. Damit wäre eine Umstellung möglich, ohne sie kompliziert mit dem bisherigen Vertragspartner nachverhandeln zu müssen –

eine Chance, auf nachhaltiges Papier umzustellen wie sie sich nur alle paar Jahre bietet.

Damit bei der Ausschreibung ökologische Kriterien berücksichtigt werden, hat das Ökologiereferat zusammen mit der GHG und dem Umweltbeauftragten einen Anforderungskatalog erstellt, der nachhaltige Papiersorten mit Papiersparplänen und einer faireren Preisgestaltung verbindet. Der Katalog wird derzeit von der Finanzabteilung der Universität geprüft und soll dem Rektorat in diesem Herbst vorgelegt werden. Das Rektorat wäre offen für eine Umstellung, sofern dadurch keine

Kleine Fortschritte sind besser als nichts

Ein weiteres Papierprojekt ist derzeit der Ersatz von Papierhandtüchern durch Handtuchrollen, welcher bereits in den meisten Instituten durchgeführt wurde. Gegenwärtig werden hier noch ökologische und vor allem hygienische Ansprüche geprüft.

Zudem wurde in diesem Sommer ein Anforderungskatalog für die Beschaffung von Reinigungsmitteln nach Empfehlungen des Umweltbundesamts erstellt, da auch hier eine Neuausschreibung bevorsteht. Auch dieser Katalog befindet sich in der uninterne Prüfungsphase und soll im Herbst dem Rektorat vorgelegt werden.

Durch eine gemeinsame Initiative des Studentenwerks, der Heidelberger Bürgerstiftung, der GHG und des Umweltbeauftragten der Uni konnten während des letzten Jahres Boxen zur Sammlung von Althandys zwecks Recycling aufgestellt werden. Sie befinden sich in den Infocentren der Mensen und in der Unibibliothek.

Neue Gesetze tragen Früchte

Neben diesen positiven, wenn auch sehr langsamen Entwicklungen ist auch die Berücksichtigung ökologischer Kriterien bei Neubauten notwendig. So sind Passivhäuser und Energiesparkonzepte mittlerweile Standard, die Motivation hierfür scheint aber eher in Gesetzesvorgaben und steigenden Energiepreisen begründet als im Willen zur Nachhaltigkeit. Die Bilanz älterer Bauten ist eher dürrtig und kann aufgrund der hohen Sanierungskosten nur mit kräftiger finanzieller Unterstützung des Staates bewältigt werden. Im Zuge des neuen Klimaschutzgesetzes für Baden-Württemberg dürfte sich hier allerdings etwas ändern.

Bei den öffentlichen Verkehrsmitteln und Fahrradwegen sieht es vergleichsweise gut aus. Zumindest im Neuenheimer Feld kann man sich mit dem Drahtesel ungehindert bewegen, zahlreiche Fahrradstellplätze sind neu geschaffen worden. Ein richtiges Fahrradwegenetz, mit dem man gut durch die gesamte Stadt kommt, fehlt jedoch noch immer. Innerhalb der Stadt kommt man mit den öffentlichen Verkehrsmitteln relativ gut voran. Allerdings wird es nach 20 Uhr zunehmend schwerer, sich mit dem Nahverkehr flexibel durch die Stadt zu bewegen und wer weiter weg wohnt, muss sich meistens früher auf den Heimweg machen.

exorbitanten Mehrkosten entstehen. Immerhin scheint beispielsweise die Uni Tübingen die Ausgabe der Zeugnisse auf Recyclingpapier finanziell und imagemäßig zu verkraften, sodass man auch hier in Heidelberg hoffen kann.

In der Lehre spielt Ökologie keine Rolle

Die Universität Heidelberg rühmt sich ihrer forschungsorientierten und interdisziplinären Lehre, die die globalen Herausforderungen unserer Zeit in den Blick nimmt. Trotzdem spielen Ökologie und Umweltschutz keine große Rolle. Außer vereinzelten Angeboten von engagierten Lehrenden und Mitarbeiter*innen tut sich hier nicht viel.

Auf der Homepage der Universität wird zwar mit dem Interdisziplinären Ergänzungsstudium Umweltwissenschaften geworben, de facto existiert die Kommission, die das Lehrangebot zusammenstellt und das Zertifikat ausstellen soll, aber schon lange nicht mehr. Zugegebenermaßen würden sich derzeit auch kaum genügend Lehrangebote finden, um diese Qualifikationen zu erwerben.

Das Studentenwerk macht Fortschritte

Das Studentenwerk hingegen öffnet sich ökologischen Themen allmählich. Auch wenn in den Wohnheimen noch einiges verbessert werden könnte, gibt es in den Mensen positive Entwicklungen: in den Cafés wird schon länger fair gehandelter Kaffee, Limonade und inzwischen auch Bio-Bier ausgeschrieben und bei verschiedensten Lebensmitteln von Kartoffeln über Reis zu Nudeln wird Bioqualität verwendet. Ein wichtiges Thema ist der enorm hohe Verbrauch von Fleisch- und Fischprodukten, was zum ersten Veggieday des Studentenwerks am 25. Juli 2013 führte. Die Fachschaftskonferenz hatte zuvor im Februar beschlossen, einen solchen Aktionstag zu unterstützen.

Der Veggieday startet



Daraufhin hatten sich der AK Studentenwerk der FSK und die GHG mit dem Studentenwerk über die Durchführung eines Veggietages unterhalten. Das Studentenwerk griff die Grundidee auf und plante den Veggietag in Zusammenarbeit mit der Albert-Schweitzer-Stiftung. Allerdings geriet hier vor allem der Tierschutz in den Blickpunkt. Die Folgen für Umwelt und Klima, die die Fleischproduktion verursacht, gerieten eher aus dem Blick, dabei ist der Anteil des Fleischkonsums am Klimawan-



Foot: Wikimedia Commons. Nutzer: Wen94. Lizenz: CC BY SA 3.0



Foot: Wikimedia Commons. Nutzer: Daderot. Lizenz: CC BY SA 3.0



Foot: Wikimedia Commons. Nutzer: Charles Smith. Lizenz: CC BY SA 2.0

Ob Gemüse, ob Obst, ob Nüsse: Auch aus vegetarischen Lebensmitteln lassen sich Mahlzeiten zubereiten.

del größer als der des weltweiten Verkehrsaufkommens! Die überwiegend positiven Reaktionen auf den Veggietag zeigen, dass es ein wichtiges Projekt ist. GHG, AK Studentenwerk und das Ökologiereferat werden sich weiterhin dafür einsetzen.

Es gibt Wichtigeres als Kohle!

Trotz des gesellschaftlichen Drucks, die Erderwärmung zu bekämpfen, scheint das Thema „Ökologie“ an der Uni Heidelberg also maßgeblich durch den Geldbeutel geregelt zu

werden. Der Blick auf das Konto scheint hinsichtlich der fehlenden Grundfinanzierung und der komplizierten Beschaffung der Drittmittel durchaus gerechtfertigt. Andere Universitäten vereinbaren Nachhaltigkeit und Budget aber bereits wesentlich besser. Dies zeigt nicht nur der Blick auf Mannheim, sondern auch der Blick auf die Universitäten in Freiburg und Tübingen, die die erneuerbaren Energien gezielt ausbauen, ein Umweltmanagement haben, im Umgang mit Recyclingpapier der Universität Heidelberg weit voraus sind. In den Mensen gibt es zudem ein viel besseres Angebot an biologisch-vegetarischem Essen. Eine renommierte Universität wie die Universität Heidelberg darf es sich eigentlich nicht erlauben, dass sie immer noch kein ökologisches Gesamtkonzept hat. Das muss sich endlich ändern!

Mit dem StuRa können wir noch mehr tun!

Lediglich eine Handvoll Studierender (z.B. Grüne Hochschulgruppe, Appel un Ei, URRmEL)

willkommen!

Mach mit!

Seit längerem setzen sich die Fahrradwerkstatt URRmEL und die Lebensmittelkooperative Appel un' Ei dafür ein, an der Uni Heidelberg konkrete ökologische Projekte zu verwirklichen. Beide Initiativen sind aus studentischer Tatkraft entstanden und dem Nachhaltigkeitsstreben der Universitätsspitze seit langem um Längen voraus. Beide Initiativen sind offen für Interessierte, in den Plena kann über weitere Vorhaben mitbestimmt werden.

Auch in der GHG, im Referat für Ökologie und Nachhaltigkeit der FSK, dem AK Studentenwerk oder der AG Semesterticket könnt ihr mitarbeiten (vgl. Übersicht S. 22 - 23).



In den Referaten arbeiten Interessierte kontinuierlich zu einem Themenbereich und unterstützen somit die Arbeit der Studierendenvertretung. Ihre Arbeit werden sie im StuRa fortsetzen. In Arbeitskreisen wird dauerhaft an Schwerpunkten gearbeitet, z.B. Lehramtsstudium oder Studentenwerk. Arbeitsgruppen beschäftigen sich für einen begrenzten Zeitraum mit Themen, wie z.B. der Einführung der VS oder der Neuverhandlung des Semesterticket-Vertrags. Wer an der Mitarbeit interessiert ist, ist dazu herzlich eingeladen. Weitere Infos findet ihr auf der FSK-Homepage: www.fachschaftskonferenz.de

EDV-Referat:

Das EDV-Referat der FSK leistet technische Beratung von Fachschaften und studentischen Gruppen und beschäftigt sich auch mit gesellschaftlichen Auswirkungen technischer Veränderungen und mit Politik, in der technischer Sachverstand gefragt ist.

Sozialreferat:

Schwerpunkt des Referats ist die Beratung Studierender in sozialen Themen (BAföG, Sozialhilfe, Wohngeld, Hilfe in bes. Lebenslagen), zu Arbeits- und Aufenthaltsrecht (für Studierende ohne deutschen Pass). Auch in Fragen zum Praktikum oder bei Studien- und Prüfungsproblemen wird beraten oder an andere kompetente Stellen weitergeleitet. Nicht zuletzt gibt es Auskunft zur Studienfinanzierung, Stipendien oder Studienkrediten.

Antidiskriminierungs-Referat:

Dieses Referat beschäftigt sich mit Themen wie Sexismus, Rassismus, Homophobie, Genderpolitik und arbeitet hierzu mit dem AK Gender und dem Sozialreferat zusammen. Sie organisieren neben Vorträgen und Workshops im Sommersemester das festival contre le racisme und im Herbst die Aktionstage gegen Sexismus und Homophobie.

Finanzreferat:

Das Referat wickelt für Fachschaften und FSK die Finanzen mit der Zentralen Universitätsverwaltung (ZUV) ab. Das Referat berät bei der Finanzierung von Veranstaltungen und Vorhaben.

Referat für Kommunales & Verkehr:

Das Kommunalreferat setzt sich zum Ziel, den Kontakt zur Stadt Heidelberg zu verbessern und studentische Interessen auf kommunaler Ebene zu vertreten. Themen sind z. B. Semesterticket, studentisches Wohnen und gemeinsam mit URRmEL, der studentischen Fahrradwerkstatt, Radwege oder die Straßenbahn im Neuenheimer Feld.

Referat für Ökologie & Nachhaltigkeit:

Ökologische Themen werden in Forschung und Lehre selten berücksichtigt, Umwelt- und Klimaschutz oder nachhaltiges Wirtschaften gewinnen an der Uni und beim Studentenwerk erst langsam an Bedeutung. Es gibt also viel zu tun... Das Referat arbeitet mit dem Kommunalreferat, dem AK Studentenwerk und Appel 'un Ei, der studentischen Lebensmittelkooperative, zusammen.

Referat für Kultur & Sport:

Auch die Förderung studentischer Kultur gehört zu den Tätigkeitsfeldern der FSK. Wir verstehen uns als Kontaktvermittler zwischen kulturell tätigen Gruppen, als Sammelstelle für Informationen zum kulturellen und sportlichen Leben der Heidelberger Studierenden.

Referat für Studienreform & hochschulpolitische Entwicklung:

Dieses Referat beschäftigt sich mit Fragen der Studienreform sowie allgemeinen hochschulpolitischen Entwicklungen – so etwa mit der Umstellungen der Studiengänge im Zuge des sogenannten Bologna-Prozesses oder der Privatisierung von Bildung. Das Referat betreut den AK Lehramt, das Lehramtscafe und den AK Lehre und Lernen. Außerdem gibt es die AG Erstarbeit, die Infos und Ideen für Ersti-Veranstaltungen sammelt und zur Verfügung stellt.

Referat für Öffentlichkeitsarbeit & Agitation:

Der Arbeitsbereich des Referats umfasst die Konzeption und Umsetzung der Öffentlichkeitsarbeit und Agitation der FSK: Kontakt zu Medien, Aktualisierung der Homepage, Gestaltung von Publikationen, Versand von

Pressemitteilungen.

Referat für Hochschulpolitische Vernetzung (Außenreferat)

Das Referat für hochschulpolitische Vernetzung kümmert sich um die Außenvertretung der Fachschaftskonferenz Heidelberg in Landes-, bundes- und manchmal auch europaweiten Zusammenhängen. Außerdem vertritt es die FSK auch gegenüber Landes- und Bundsparlamenten, Ministerien und an-deren Organisationen.

Gremienarbeit, Studienreform und Hochschulpolitik

Viele Themen in den Gremien werden - sofern die Nichtöffentlichkeit der Sitzungen dies zulässt - im Referat für Studienreform, in den Sitzungen der FSK oder in Vortreffen vorbereitet. Auch ihr habt hier die Möglichkeit, eigene Vorschläge in die Gremienarbeit einfließen zu lassen oder grundlegende Positionen zu erarbeiten. Auf der FSK-Homepage findet ihr Übersichten über Gremiensitzungen, Vortreffen hierzu sowie interessante bildungspolitische Termine.

URRmEL – Unifahrradwerkstatt

Die universitäre Rad-Reparaturwerkstatt mit Eigenleistung, URRmEL, versteht sich als eine Selbsthilfwerkstatt, d.h., dass Werkzeug und Ersatzteile vorhanden sind, die Arbeit aber von jedem und jeder selbst erledigt wird. Selbstverständlich stehen wir euch bei Fragen und Problemen mit Rat und – in Ausnahmefällen – Tat zur Seite. Fahrräder kann mensch nicht erwerben, es besteht aber die Möglichkeit, aus einem Pool von mehr oder weniger defekten Gurken ein funktionstüchtiges Rad zusammenzubauen. Wem das zuviel Arbeit ist, dem wird verkllicket, wo es in Heidelberg ggf. günstige Räder gibt. Während des aktuellen Semesters ist Di. und Do. von 16h bis 20h geöffnet, in der vorlesungsfreien Zeit voraussichtlich Do. 14h bis 20h. Ihr findet URRmEL in den gelben Containern am südwestlichen Zipfel des Campus im Feld hinter dem Parkhaus der Krehl-Klinik.

Appel un' Ei – Biobiolebensmittel zum Einkaufspreis!

Appel un' Ei ist eine studentische Kooperative, die regionale, biologisch angebaute und saisonale Produkte nicht-gewinnorientiert verkauft und Studierenden ermöglichen will, sich zu günstigen Preisen gesund und ökologisch zu ernähren. Es wird darauf geachtet, dass die Waren aus sinnvollen Sozial- und Ökonomie Zusammenhängen kommen. Der Laden befindet sich unter dem Vordach der Zentralmensa im Neuenheimer Feld, zwischen Chez Pierre und Café Botanik und freut sich auch über interessierte neue Gesichter und helfende Hände.

Räume und Infrastruktur zum Arbeiten im ZFB

Auch wer studentische Initiativen oder Arbeitskreise gründen will, findet bei der Fachschaftskonferenz Unterstützung. Anlaufstelle ist das Zentrale Fachschaftenbüro. Die FSK stellt hier auch Arbeitsmaterialien wie Plakate, Stifte oder Computerarbeitsplätze und Drucker zur Verfügung. Der Bürodienst berät euch, wenn ihr Aktionen an der Uni plant, Anträge schreiben müsst oder Informationen sucht. Der Bürodienst beantwortet allgemeine Fragen beantworten und hilft euch, wenn ihr Anträge stellen oder Räume im ZFB nutzen wollt.

Ausleihe von Hightech und Lowtech:

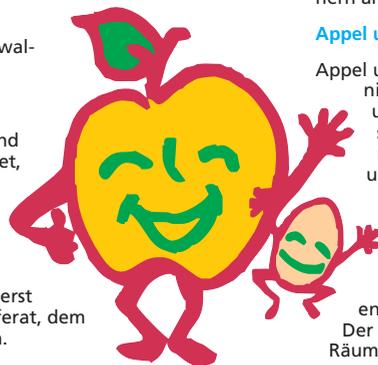
Die FSK verleiht diverse Utensilien an studentische Gruppen und Fachschaften: Geschirr, Pavillions, einen Beamer, einen Overhead-Projektor (ja, soetwas gibt es noch), ein Bindegerät, ein Falzgerät, eine Buttonmaschine und manches mehr. Fragt einfach den Bürodienst.

Sprechstunden der FSK

Finanzreferat: montags, 14-16 Uhr
Bürodienst: freitags, 11-14 Uhr
jeweils im Zentralen Fachschaftenbüro in der Albert-Überle-
Straße 3-5, 69120 Heidelberg
Telefon: 06221/542456
Email: fsk@fsk.uni-heidelberg.de
Homepage: fachschaftskonferenz.de



**FACHSCHAFTS
KONFERENZ**
Eure Studierendenvertretung



Eure Fachschaft - Eure Anflugstelle

Ägyptologie

E-Mail: fs-aegyptologie@zaw.uni-heidelberg.de

Alte Geschichte

www.uni-heidelberg.de/fakultaeten/philosophie/zaw/sag/fachschaft.html

American Studies

Fachschaft@hca.uni-heidelberg.de

Anglistik

www.commonroom.de

Assyriologie

E-Mail: fs-assyriologie@uni-hd.de

Byzantinische Archäologie und Kunstgesch.

ByzFachschaft@web.de

Biologie

www.fsbio.de

Chemie

www.fs-chemie.uni-hd.de

Computerlinguistik

www.cl.uni-heidelberg.de/fachschaft

Deutsch als Fremdsprache

www.idf.uni-heidelberg.de/institut/fachschaft

Erziehung & Bildung

fachschaftibw.wordpress.com

Ethnologie

www.fsethno.wordpress.com

Geographie

fsgeog.wordpress.com

Geowissenschaften

geow.uni-heidelberg.de/studium/fachschaft/

Germanistik

germanistik-heidelberg.de

Geschichte

www.fsg.uni-hd.de

Islamwissenschaft – Iranistik

www.fs-isi.uni-hd.de

Japanologie

www.fsja.de

Jura

www.juhei.de

Klassische Archäologie

www.fs-klass-arch.uni-hd.de

Klassische Philologie

www.fachschaft-klassphil-hd.de

Kunstgeschichte

fachschaftiek.blog.uni-heidelberg.de

MathPhys

mathphys.fsk.uni-heidelberg.de

Medizin Heidelberg

fsmed.uni-hd.de

Medizin Mannheim

www.fimm-online.de

Mittelatein/Mittelalterstudien

www.rzuser.uni-heidelberg.de/~bz7

Molekulare Biotechnologie

http://www.molekulare-biotechnologie.de/index.php?option=com_content&view=section&id=10&Itemid=67

Musikwissenschaft

www.uni-heidelberg.de/fakultaeten/philosophie/zegk/muwi/fachschaft/aktuelles.html

Ostasiatische Kunstgeschichte

www.uni-heidelberg.de/fakultaeten/philosophie/zo/iko/institute/fachschaft

Pharmazie

www.pharmaziestudenten-hd.de

Philosophie

www.faphi.de

Pflegewissenschaft/Care

fachschaft-pflege@gero.uni-heidelberg.de

Politikwissenschaft

www.fs-pol.uni-hd.de

Psychologie

www.psychologie.uni-heidelberg.de/studium/fachschaft

Religionswissenschaft

fachschaft-rewi.de

Romanistik

<http://www.fsrose.uni-hd.de/>

Semitistik

fachschaft.semitistik@ori.uni-heidelberg.de

Sinologie

<http://www.fs-sino.uni-hd.de/>

Slavistik

E-Mail: fachschaft@slav.uni-heidelberg.de

Soziologie

<http://fachschaftsoziologiehd.wordpress.com>

Sport

fs-sport-hd.blogspot.de

Fachschaft am Südasien Institut (SAI)

fachschaftsai.wordpress.com

Theologie (Evangelische)

www.theologie.uni-heidelberg.de/fachschaft

Transcultural Studies

Email: fs-mats@uni-hd.de

Übersetzen und Dolmetschen

sued-fachschaft.de/

Ur- und Frühgeschichte/Vorderasiatische Archäologie

www.ufg-va.uni-hd.de/fachschaft/fachschaft.html

Volkswirtschaftslehre/Politische Ökonomik (VW)

www.vwl-heidelberg.de

Zahnmedizin

www.zahnmedizin-heidelberg.de

Eine Übersicht der Hochschulgruppen findet ihr im **FSK-Dschungelbuch:**

dschungelbuch.fachschaftskonferenz.de